

OECD Wirtschaftsbericht ÖSTERREICH

Juli 2024

Hauptergebnisse und wichtige Empfehlungen

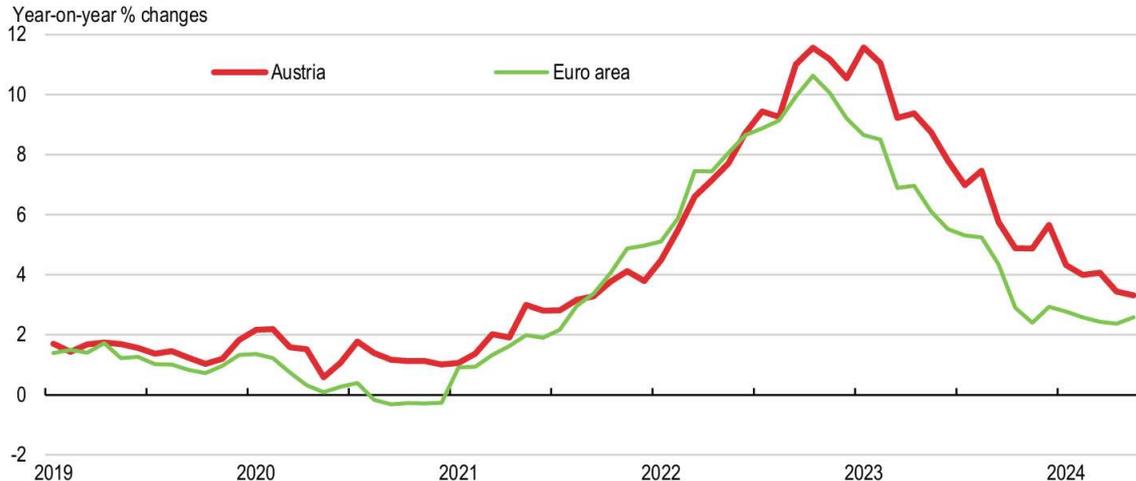
Das vorliegende Papier ist eine Arbeitsübersetzung des Kapitels „*Executive Summary*“ des OECD-Dokuments „*Economic Survey of Austria 2024*“. Den gesamten offiziellen OECD Wirtschaftsbericht zu Österreich 2024 finden Sie ab 8. Juli 2024 auf der Homepage der OECD: <https://www.oecd.org/>.

Das Wachstum wird sich nur langsam vom derzeitigen Abschwung erholen

Die Inlandsnachfrage, der Hauptgrund für den Rückgang im Jahr 2023, wird sich allmählich erholen, wenn die Inflation nachlässt und sich die finanziellen Bedingungen verbessern. Das öffentliche Defizit ist gegenüber dem Höchststand der Pandemie zurückgegangen, bleibt aber relativ hoch.

Abbildung 1. Die Inflation ist rückläufig, bleibt aber hoch

Headline inflation



Note: Headline inflation refers to the harmonised index for consumer prices.
Source: OECD (2024), OECD Price Statistics; and Eurostat.

Seit der zweiten Jahreshälfte 2022 hat sich die Wirtschaftstätigkeit aufgrund der nachlassenden Binnennachfrage verlangsamt. Die Inflation ist infolge des Anstiegs der Energiepreise nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine erheblich gestiegen (Abbildung 1). Der reale Haushaltskonsum war aufgrund der geringeren Kaufkraft schwach. Die strengeren finanziellen Bedingungen und der Arbeitskräftemangel haben die Investitionen behindert.

Die öffentlichen Finanzen haben sich seit der Pandemie verbessert. Die öffentlichen Ausgaben als Reaktion auf die Pandemie führten zu Haushaltsdefiziten von 8,0 % im Jahr 2020 und 5,8 % im Jahr 2021. Der öffentliche Saldo hat sich seitdem verbessert, und es wird erwartet, dass die Defizite in den Jahren 2024 und 2025 leicht unter 3 % liegen werden. Darüber hinaus ist die öffentliche Schuldenlast seit ihrem Pandemie-Höchststand um fast 5 Prozentpunkte des BIP gesunken und erreichte 2023 77,8 %. Dies

spiegelt jedoch teilweise das hohe nominale BIP-Wachstum aufgrund der hohen Inflation wider.

Die Produktion wird sich allmählich erholen. Das Wirtschaftswachstum wird 2024 0,2 % und 2025 1,5 % erreichen, da sich die Inflation verlangsamt und die Zinssätze nicht mehr steigen. Der Rückgang der Inflation wird durch die starren Preise im Dienstleistungssektor behindert. Eine Lockerung der Geldpolitik in der Eurozone und eine globale Erholung werden das Wachstum im Jahr 2025 unterstützen.

Die Aussichten sind mit erheblichen Risiken behaftet. Die derzeit erhöhten geopolitischen Spannungen bergen ein indirektes, aber beträchtliches Risiko für die österreichische Wirtschaft aufgrund ihrer Rolle in den europäischen Wertschöpfungsketten für global vermarktete Güter.

Tabelle 1. Die Wirtschaft wird sich allmählich erholen

(Annual growth rates, % unless specified)

	2022	2023	2024	2025
Gross domestic product	4.9	-0.7	0.2	1.5
Private consumption	5.8	-0.1	0.9	1.9
Government consumption	0.1	-0.1	0.1	0.8
Exports	11.8	0.2	2.6	2.7
Imports	8.1	-2.0	3.5	2.8
Unemployment rate	4.7	5.1	5.5	5.4
Inflation (harmonised CPI)	8.6	7.7	3.7	2.9
Current account balance (% of GDP)	-0.3	2.7	2.3	2.1
General government budget balance (% of GDP)	-3.3	-2.6	-2.8	-2.7

Note: Projections for 2024 and 2025.

Source: OECD (2024), OECD Economic Outlook 115: Statistics and Projections (database).

Mittelfristige fiskalpolitische Herausforderungen müssen angegangen werden

Die öffentlichen Finanzen laufen Gefahr, sich unter dem Ausgabendruck im Zusammenhang mit dem Klimawandel, der Digitalisierung und der Bevölkerungs- alterung auf einen nicht nachhaltigen Pfad zu begeben.

Angesichts der erwarteten Defizite wird die öffentliche Schuldenlast mittelfristig voraussichtlich nicht wesentlich sinken. Darüber hinaus werden die Ausgaben für Gesundheit, Langzeitpflege und Pensionen den Projektionen zufolge bis 2060 um etwa 5,8 Prozentpunkte des BIP steigen. Der Investitionsbedarf für den grünen Übergang ist ebenfalls erheblich und wird größtenteils vom öffentlichen Sektor getragen werden.

Die Eindämmung des Ausgabendrucks im Zusammenhang mit der Bevölkerungs- alterung ist eine große Herausforderung für die Fiskalpolitik. Um das öffentliche Pensionssystem tragfähig zu halten, müssen die Österreicherinnen und Österreicher länger arbeiten, um den Druck auf die Pensions- ausgaben zu verringern. Darüber hinaus gibt es Spielraum für Effizienzsteigerungen bei den Gesundheitsausgaben. Das österreichische Gesundheitssystem ist zwar relativ leistungsfähig, aber kostspielig und zu stark auf die Krankenhäuser ausgerichtet.

Eine dauerhafte Verringerung des Haushaltsdefizits setzt voraus, dass Ineffizienzen bei den Staatsausgaben ermittelt und beseitigt werden. Eine Kampagne zur Überprüfung der öffentlichen Ausgaben ist im Gange, aber bisher wurden nur Aktivitäten berücksichtigt, die etwa 5 % der Staatsausgaben ausmachen. Darüber hinaus ist die Wirkung begrenzt, da sie nicht in den Haushaltsprozess integriert sind.

Ein wachstumsfreundlicheres Steuer- system könnte die öffentlichen Finanzen entlasten und den Lebensstandard erhöhen. Ein hoher Anteil der Staatseinnahmen stammt aus wettbewerbs- verzerrenden Steuern auf den Faktor Arbeit, auch für Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen, bei denen die Arbeitsnachfrage stark auf die Arbeitskosten reagiert. Dementsprechend stützt sich der Staat relativ weniger auf die Verbrauchsbesteuerung und deutlich weniger auf die Vermögens- besteuerung als andere OECD-Länder.

Strukturenreformen würden Produktivität und Unternehmensdynamik verbessern

Wie in vielen anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat sich auch hier das Produktivitätswachstum verlangsamt. Die im Vergleich zu anderen OECD-Ländern niedrigen Raten von Unternehmens-eintritten und -austritten deuten darauf hin, dass es reichlich Spielraum gibt, um die Marktdynamik zur Unterstützung einer effizienten Ressourcenallokation zu steigern.

Es gibt Spielraum für die weitere Förderung von Innovationen. Österreich bietet großzügige steuerliche Anreize zur Unterstützung von Innovationstätigkeiten, und die F&E-Ausgaben in Prozent des BIP sind im internationalen Vergleich hoch. Dennoch bleibt die Innovationstätigkeit hinter den leistungsstärksten Ländern zurück. Ein Hemmschuh ist die geringe Inanspruchnahme von Risikokapital, einschließlich Angel-Finanzierung und formellem Venture Capital. Die Finanzierung von Unternehmen konzentriert sich stark auf Bankkredite, während die Eigenkapitalfinanzierung im internationalen Vergleich gering ist.

Ein schwacher Wettbewerb behindert die effiziente Umverteilung von Ressourcen. Die Produktmarktvorschriften in Österreich

sind im Vergleich zu anderen OECD-Ländern etwas strenger, was auf Spielraum für wettbewerbsfördernde Reformen hinweist. Insbesondere im Bereich der freiberuflichen Dienstleistungen sind die regulatorischen Barrieren relativ hoch.

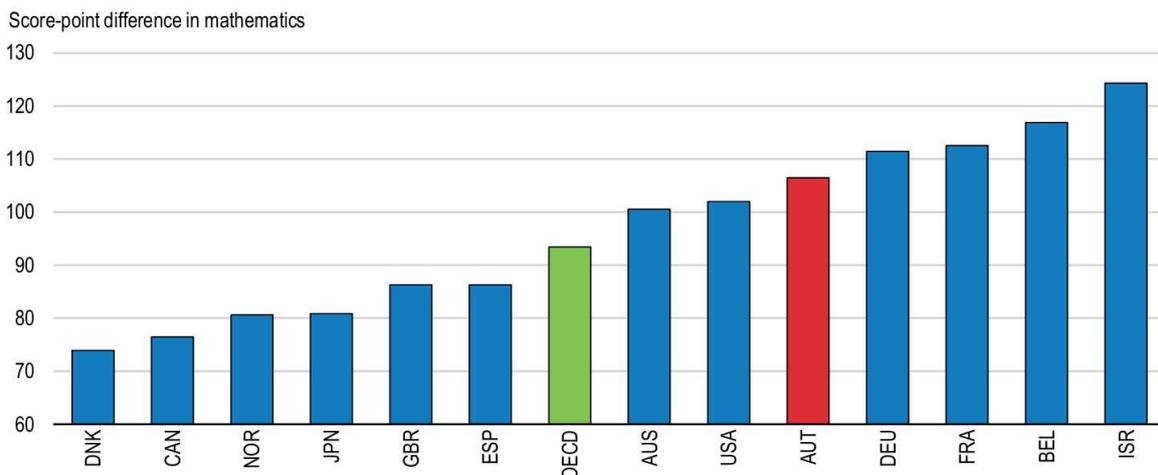
Österreich liegt bei der Digitalisierung immer noch hinter den Spitzenreitern zurück. Bei der Versorgung mit schnellen Breitbandanschlüssen gibt es noch erhebliches Verbesserungspotenzial. Weniger als 40 % der österreichischen Haushalte verfügen über eine vertraglich vereinbarte Internetgeschwindigkeit von mindestens 100 Megabyte pro Sekunde, was einer der niedrigsten Anteile in der OECD ist.

Gefährdete Gruppen haben Schwierigkeiten, ihr wirtschaftliches Potenzial auszuschöpfen

Die Einkommensunterschiede in Österreich sind relativ gering und die Armutsquote liegt deutlich unter der vieler anderer OECD-Länder. Dennoch sind benachteiligte Gruppen nach wie vor mit ungleichen Chancen in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert.

Abbildung 2. Der sozioökonomische Status ist ein starker Prädiktor für die Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler

Difference in PISA mathematics performance between advantaged and disadvantaged students, 2022



Source: OECD (2023), PISA 2022 Results (Volume I): The State of Learning and Equity in Education.

Die Ergebnisse des österreichischen Schulsystems sind im Allgemeinen gut, aber es gibt noch Spielraum, um die Inklusion zu verbessern. Der Unterschied zwischen begünstigten und benachteiligten Schülerinnen und Schülern (Abbildung 2) entspricht mehr als fünf Schuljahren. Die Lücken zwischen den Schulen – in Bezug auf den sozioökonomischen Status der Schülerinnen und Schüler – und den Migrationshintergrund sind groß. Österreichs sehr frühe Aufteilung von Schülerinnen und Schülern dürfte diese Ungleichheiten noch verstärken.

Die Arbeitsergebnisse von Frauen im erwerbsfähigen Alter, Migranten und Geringqualifizierten sind schwach.

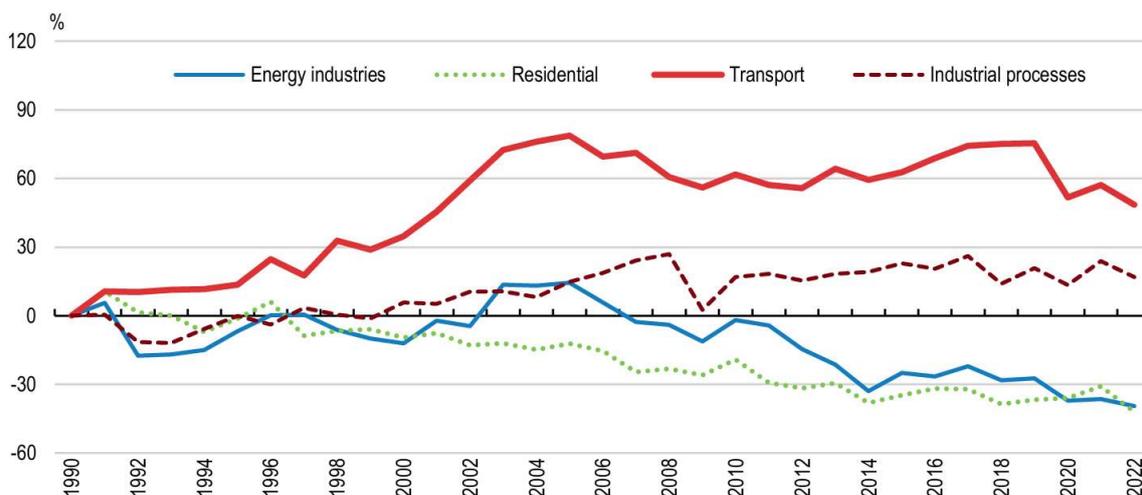
Teilzeitarbeit ist vor allem bei Frauen aufgrund von Kinderbetreuungspflichten weit verbreitet. Von der Doppelbelastung durch Arbeit und Betreuungspflichten sind Frauen stärker betroffen als Männer. Es gibt vergleichsweise große geschlechtsspezifische Unterschiede bei den geleisteten Arbeitsstunden und den Pensionseinkünften. Es bestehen Beschäftigungslücken zwischen benachteiligten Gruppen und dem Rest der Bevölkerung, einschließlich Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und Migranten. Die Armutsquote unter Migranten ist dreimal so hoch wie die der einheimischen Bevölkerung und liegt über dem OECD-Durchschnitt. Die Sprache stellt ein erhebliches Hindernis für den Zugang zum Arbeitsmarkt dar.

Eine erfolgreiche grüne Transformation erreichen

Mit der derzeitigen Politik ist Österreich nicht auf dem besten Weg, sein ehrgeiziges Ziel, die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2040 zu eliminieren, zu erreichen. Die heimische Energieerzeugung ist weitgehend dekarbonisiert, aber das Land ist auf umfangreiche Energieimporte fossiler Brennstoffe angewiesen.

Abbildung 3. Emissionen aus Verkehr und industriellen Prozessen gehen nicht zurück

Growth in emissions relative to 1990, by sector



Source: Austrian greenhouse gas emissions from 1990 to 2022, by CRF sector (UNFCCC).

Die Anreize für eine schnellere Emissionsverringerung sollten verstärkt werden. Die effektiven Kohlenstoffpreise in Österreich sind im Vergleich zu führenden Ländern niedrig, wobei ein erheblicher Anteil der Emissionen unterbewertet ist. Außerdem unterstützt Österreich fossile Brennstoffe implizit durch Steuererleichterungen. Ein stärkerer Rahmen für umweltfreundliche Investitionen mit wettbewerbsorientierter

Auftragsvergabe würde dazu beitragen, den erheblichen Investitionsbedarf zu decken.

Der Verkehr, die größte Quelle von Treibhausgasemissionen in Österreich, ist durch eine starke Nutzung von Privatfahrzeugen und einen langsamen Übergang zu schadstoffarmen Fahrzeugen gekennzeichnet. Die verkehrsbedingten Emissionen haben in den letzten Jahrzehnten zugenommen (Abbildung 3). Die geringe

Bevölkerungsdichte und die starke Zersiedelung der Landschaft (in Verbindung mit übermäßigem Flächenverbrauch) tragen dazu bei, dass der Straßenverkehr durch den Individualverkehr dominiert wird. Das Steuersystem schafft nach wie vor Anreize für den Autoverkehr. Der Anteil der Elektrofahrzeuge an den Neuwagenverkäufen nimmt rasch zu. Die durchschnittlichen Emissionswerte von Neuwagen sind jedoch immer noch relativ hoch, und bisher machen Elektrofahrzeuge nur 3 % des gesamten Fahrzeugbestands aus.

Die Verwaltungsverfahren für die Installation von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie sind aufwändig und bremsen den Einsatz erneuerbarer Energien. Die inländische Stromerzeugung ist dekarbonisiert, deckt aber nur ein Drittel des Endverbrauchs ab. Eine Vereinfachung und landesweite Harmonisierung der Verfahren sowie eine Senkung der Kosten für den Ausbau des Stromnetzes würden dazu beitragen, den Übergang zur grünen Energieversorgung zu beschleunigen.

Die Stahlproduktion hat einen großen Anteil an den Emissionen und ist mit den derzeitigen Technologien nur schwer zu dekarbonisieren. Die Emissionen aus industriellen Prozessen machen mehr als ein Fünftel der Emissionen aus, ein größerer Anteil als in den meisten OECD-Ländern.

Bei der Stahlerzeugung in Österreich werden derzeit relativ emissionsintensive Technologien eingesetzt. Es gibt zwar emissionsarme Optionen, aber um sie wettbewerbsfähig zu machen, ist die Unterstützung weiterer Innovationen erforderlich.

Die Emissionen aus der Energienutzung in Gebäuden sind im Vergleich zu Ländern mit einem ähnlichen Klima hoch. Die hohen Vorlaufkosten für Renovierungen und umweltfreundliche Heizsysteme erfordern eine intelligente fiskalische Förderung und transparente Standards.

Österreich wird aufgrund des Klimawandels einem zunehmenden Hochwasserrisiko ausgesetzt sein. Das Land ist anderen klimabedingten Gefahren weniger stark ausgesetzt, aber Überschwemmungen werden wahrscheinlich häufiger auftreten, und ein großer Teil der Bevölkerung ist gefährdet. Eine Ausweitung des Versicherungsschutzes wird erforderlich sein, um die Anfälligkeit der Haushalte und den fiskalischen Druck zu verringern.

HAUPTERGEBNISSE	WICHTIGE EMPFEHLUNGEN
Sicherung der fiskalischen Nachhaltigkeit und wachstumsfreundlichere Gestaltung des Steuersystems	
Es wird erwartet, dass das Wachstum im Jahr 2024 unter dem Potenzial liegt, während die Geldpolitik weiterhin straff bleibt. Gleichzeitig wird erwartet, dass das öffentliche Defizit in den nächsten Jahren nur langsam auf knapp unter 3 % zurückgehen wird, und die öffentliche Verschuldung ist auf einem historisch hohen Niveau.	Beibehaltung eines stabilen öffentlichen Defizits auf kurze Sicht, solange die Nachfrage schwach ist und die Geldpolitik kontraktiv ist. Einführung eines strengeren mittelfristigen Plans zum Abbau des Defizits und des Schuldenstands, wenn die Wirtschaft wieder anzieht.
Die Ausgaben für Gesundheit, Langzeitpflege und Pensionen werden bei der derzeitigen Politik bis 2060 voraussichtlich um etwa 5,8 Prozentpunkte des BIP steigen. Ohne Maßnahmen zur Senkung oder zum Ausgleich dieser Kosten wird sich die Schuldenquote möglicherweise auf einem nicht nachhaltigen Pfad befinden. Österreich gibt wesentlich mehr als die meisten anderen Länder für die stationäre Versorgung in Krankenhäusern aus. Im Gegensatz dazu sind die Ausgaben für Prävention und Primärversorgung niedriger als im OECD-Durchschnitt.	Sicherstellung der langfristigen Tragfähigkeit des Rentensystems, z. B. durch Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung. Verstärkte Präventivmaßnahmen für chronische Krankheiten, um die Gesundheitsausgaben zu senken, und Fortsetzung eines Maßnahmenpakets zur Bekämpfung des Alkohol- und Tabakkonsums, einschließlich höherer Steuern. Verlagerung der Gesundheitsdienste weg von der Krankenhausversorgung durch Stärkung der ambulanten Versorgung, um die langfristige finanzielle Tragfähigkeit des Gesundheitssystems zu gewährleisten.
Der Umfang der Spending Reviews ist gering, es fehlt an einer direkten Integration in den Haushaltsprozess, und die Transparenz ist begrenzt.	Durchführung umfassender Ausgabenüberprüfungen und Einbeziehung der Ergebnisse in den jährlichen und mittelfristigen Haushaltsprozess.
Österreich besteuert Immobilien auf niedrigem Niveau, hauptsächlich durch Transaktionssteuern. Die Steuerbelastung des Faktors Arbeit ist in Österreich im Vergleich zu anderen OECD-Ländern nach wie vor hoch und stellt ein Hindernis für eine höhere Beschäftigung von Arbeitnehmern im Niedriglohnbereich dar.	Verlagerung der Besteuerung von der Arbeit auf andere Grundlagen, einschließlich einer höheren Kohlenstoffbesteuerung und der wiederkehrenden Besteuerung von Immobilien. Einführung einer regelmäßigen Aktualisierung der Immobilienwerte.
Der Anstieg der importierten Inflation im vergangenen Jahr hat Druck auf das Tarifverhandlungssystem ausgeübt, das die durchschnittliche VPI-Inflation des Vorjahres als Referenz verwendet.	Überlegen Sie sich ein Maß für die Kerninflation, das bei Lohnverhandlungen als Referenz verwendet werden kann, wenn sich die Wirtschaft normalisiert.
Verbesserung der Produktivität	
Die regulatorischen Hindernisse im Dienstleistungssektor gehören zu den strengsten in der OECD und bremsen die Produktivität.	Lockerung der Regulierung von Dienstleistungen, insbesondere der strengen Zugangsvoraussetzungen für bestimmte freiberufliche Dienstleistungen.
Die öffentliche Wahrnehmung der Korruption hat sich verschlechtert, und das Vertrauen in die nationale Regierung ist eines der niedrigsten in der OECD.	Förderung von mehr Transparenz bei der Lobbyarbeit, unter anderem durch mehr Bestimmungen, die eine öffentliche Kontrolle ermöglichen. Stärkung der Unabhängigkeit der WKStA im Einklang mit europäischen und internationalen Standards für die Unabhängigkeit und Autonomie der WKStA.
Bekämpfung der Ungleichheit bei sozioökonomischen Ergebnissen	
Ein unzureichendes Angebot an hochwertiger Kinderbetreuung schränkt die Erwerbsbeteiligung von Frauen ein.	Weitere Ausweitung hochwertiger frühkindlicher Bildungs- und Betreuungsdienste, wobei benachteiligten Familien Vorrang eingeräumt werden sollte.
Die Erwerbsbeteiligung von Frauen im gebärfähigen Alter ist nach wie vor niedrig, was eine geringe Verschiebung hin zu einer stärkeren Beteiligung der Männer an der Kinderbetreuung widerspiegelt. Nur etwa 4 % der österreichischen Väter nehmen Elternzeit in Anspruch.	Weitere Stärkung der Anreize für eine ausgewogenere Inanspruchnahme der Elternkarenz durch Mütter und Väter.
Die PISA-Studie der OECD zeigt, dass es in Österreich nach wie vor große Unterschiede zwischen den Leistungen der Schülerinnen und Schüler gibt, die in erheblichem Maße auf den sozioökonomischen Status zurückzuführen sind. Der Abstand zwischen begünstigten und benachteiligten Schülerinnen und Schülern entspricht mehr als fünf Schuljahren.	Bereitstellung von mehr Mitteln für leistungsschwache Schulen mit größerem Bedarf und einem hohen Anteil an benachteiligten Schülerinnen und Schülern, z. B. durch "bedarfsorientierte Finanzierung". Abschaffung des frühzeitigen Tracking, d. h. der Trennung der Schülerinnen und Schüler in verschiedene Schulzweige im späteren Verlauf der Schullaufbahn.
Dekarbonisierung der Wirtschaft und Anpassung an den Klimawandel	
Die effektiven Kohlenstoffpreise in Österreich sind im Vergleich zu den führenden Ländern niedrig und in den einzelnen Sektoren sehr unterschiedlich. Österreich unterstützt weiterhin fossile Brennstoffe, vor allem durch Steuererleichterungen.	Beschleunigung wirksamer Kohlenstoffpreiserhöhungen, insbesondere in Nicht-ETS-Sektoren. Abschaffung der Subventionen für fossile Brennstoffe und deren Ersatz durch gezielte Unterstützung für gefährdete Gruppen, soweit erforderlich.
Eine günstige steuerliche Behandlung des Pendlerverkehrs mit dem Auto und von Firmenwagen schafft Anreize für die Nutzung des Autos und für Fernreisen.	Reform der Pendlerpauschale mit besserer sozialer und ökologischer Ausrichtung.
Die Planungs- und Genehmigungsverfahren für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien und das Stromnetz können komplex und langwierig sein.	Ausweisung von mehr Projekten für erneuerbare Energien als von übergeordnetem öffentlichem Interesse und Festlegung von mehr Beschleunigungsgebieten. Vereinfachung der Verfahren für die Installation erneuerbarer Energien.
Die Installation von Wärmepumpen in kleinem Maßstab erfolgt in Österreich relativ langsam. Darüber hinaus ist das Tempo der Gebäudesanierung zur Verbesserung der Energieeffizienz trotz eines großen Anteils alter und schlecht isolierter Gebäude gering.	Auf subnationaler Ebene schrittweise Verschärfung der Anforderungen an Wärmeerzeuger in Gebäuden und Ermittlung und Erweiterung der Auslöschungspunkte für Gebäudesanierungen und Effizienzanforderungen.
Jüngste Bemühungen um eine gezielte Unterstützung zur Verringerung der Emissionen von Privathaushalten konzentrieren sich auf die Umstellung von Heizsystemen durch Hausbesitzer mit geringem Einkommen.	Gezielte Gewährung von Renovierungszuschüssen für vulnerable Haushalte und Bereitstellung von Finanzierungsinstrumenten auf Rechnung für andere Haushalte und KMU.
Der Flächenverbrauch ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern hoch. Die Überschwemmungsgefahr für die in bebauten Gebieten lebende Bevölkerung ist hoch.	Fertigstellung der Bodenstrategie, die 2021 auf den Weg gebracht wurde und 2022 vorgelegt werden sollte, um den Flächenverbrauch auf der Grundlage einer quantitativen Begrenzung zu verringern.